

Landratsamt Böblingen  
Herrn Landrat  
Roland Bernhard – persönlich –  
Parkstraße 16  
71034 Böblingen

Datum 25.05.2020

### Finanzwirtschaftliche Folgen der Corona-Krise im Landkreis Böblingen

Sehr geehrter Herr Landrat Bernhard,

in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 12.05.2020 haben Sie mitgeteilt, die Haushaltsstrukturkommission im Juli einzuberufen. Wir begrüßen dies ausdrücklich und stellen folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltszwischenberichts 2020 aufzuzeigen, mit welchen finanzwirtschaftlichen Folgen aufgrund der Corona-Krise für den Kreishaushalt 2020 und die Folgejahre zu rechnen ist.

Dabei sind die Ergebnisse der Steuerschätzung vom 19.05.2020 in die Berichterstattung mit einzubeziehen.

2. Die Verwaltung wird weiter gebeten darzustellen, welche aktuellen Einnahmeausfälle und Mehrausgaben – auch indirekte über die Verkehrsumlage des Verbands Region Stuttgart und die Verbandsumlagen der Zweckverbände (Schönbuchbahn und Ammertalbahn) des ÖPNV – im laufenden Jahr zu verzeichnen sind. Ebenso sind die Mehrausgaben für die Klinikgesellschaften, den ÖPNV – Schülerbeförderung -, Zuschüsse für Busunternehmen (Netto-Verträge und Brutto-Verträge) sowie die Tarifreform zu benennen.
3. Gibt es Überlegungen der Verwaltung mit welchen haushalterischen Maßnahmen wenigstens teilweise Einnahmeausfälle bzw. Mehrausgaben aufgefangen bzw. gegenfinanziert werden können?
4. Welche Investitionen sowie größere Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen (Kernhaushalt und Eigenbetriebe), die noch nicht in Auftrag gegeben bzw. begonnen wurden, können nach Auffassung der Verwaltung vorläufig zurückgestellt werden? (Haushaltsjahr 2020 und die mittelfristige Finanzplanung 2023).
5. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, die Entwicklung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden zum 31.05.2020 zu erheben.

6. Abschließend bitten die Fraktionen um Mitteilung, ob es bereits Erkenntnisse gibt, in wieweit das Land plant, zu Lasten der Kommunen im kommunalen Finanzausgleich Veränderungen vorzunehmen und ob der Verwaltung bekannt ist, ob bei der Inaussichtstellung von Zuschüssen oder bei bereits zugesagten Zuschüssen verschiedener Art Kürzungen beabsichtigt sind?

Begründung:

Deutschland und die Europäische Union stehen vor der schwersten Rezession nach dem zweiten Weltkrieg. Auch weltweit ist eine tiefe Rezession zu verzeichnen. Auf breiter Front brechen die Wirtschafts- und Dienstleistungen derzeit ein. Das exportstarke Land Baden-Württemberg und der Landkreis Böblingen als „Automobil-Landkreis“ werden besonders hart getroffen werden.

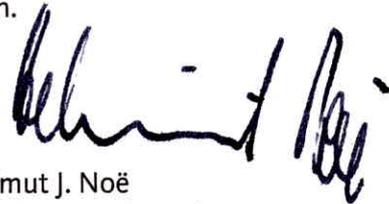
Die Folge sind Steuerausfälle in den Städten und Gemeinden, während gleichzeitig die Personal- und Sachkosten weiterlaufen. Außerdem haben die Kommunen den Ausfall von Einnahmen in der Kinderbetreuung, Freibädern, Hallenbädern, Musikschulen, Museen, Veranstaltungshallen, Messen und anderer Dienstleistungseinrichtungen zu verzeichnen.

Die aufgelegten Rettungsprogramme von Bund und Land sowie die noch folgenden Konjunkturprogramme lassen die Staatsverschuldung in ungeahnte Höhen ansteigen. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ist unausweichlich. In direkter Folge werden die sozialen Leistungen einschließlich der Jugendhilfe stärker nachgefragt werden.

Uns ist bei diesem Antrag bzw. den ergänzenden Anfragen bewusst, dass das Ausmaß der finanziellen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise bei Weitem noch nicht feststeht. Wir erwarten deshalb von der Landkreisverwaltung auch keine fertigen Lösungen, möchten jedoch frühzeitig eine Befassung durch die Kreisgremien einleiten.



Thomas Sprißler  
Fraktionsvorsitzender



Helmut J. Noë  
Fraktionsvorsitzender